



„Zivile“ Nuklearenergie nach Fukushima: Die aktuelle Debatte in Indien

NADJA-CHRISTINA SCHNEIDER

nadja-christina.schneider@asa.hu-berlin.de

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende Mai 2011 mit einer großen Delegation zu den ersten deutsch-indischen Regierungskonsultationen nach Indien reiste, richtete sich das mediale Interesse in Deutschland insbesondere auf die Frage, ob und wie sie gegenüber indischen Regierungsvertretern Kritik an dem beabsichtigten Ausbau der Atomenergie in Indien äußern würde. Nur wenige Tage zuvor hatte die deutsche Regierung infolge der Reaktorkatastrophe in Fukushima Daiichi den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, entsprechend stellte sich nun die Frage einer Neubestimmung der deutschen Energieaußenpolitik.

Der folgende Beitrag beleuchtet das Thema in erster Linie aus einer regionalwissenschaftlichen Medienperspektive. Einführend soll – sehr kurz, da diese Frage nicht im Zentrum dieses Artikels steht – das transnationale Medienereignis „Fukushima“ beleuchtet werden, genauer gesagt die Frage, wie dieses Ereignis im Frühjahr 2012, also „ein Jahr danach“ medial erinnert wurde. Darauf aufbauend wird die Mediendebatte über das Thema Atomenergie in Deutschland und Indien vergleichend betrachtet. Ein dritter Schwerpunkt dieses Artikels wird schließlich auf die Frage gelegt, inwieweit das Thema Energie und insbesondere die hierzulande medial wahrgenommene Einstellung zur Atomenergie in Indien einen Faktor darstellt, der möglicherweise zur Verankerung neuer kulturalistischer Stereotype beiträgt.

1. Fukushima als transnationales Medienereignis

Die friedliche und militärische Nutzung von Atomenergie stellt in Indien, ebenso wie in jedem anderen Land, ein derart komplexes Problem und Wissensgebiet dar, dass es zweifellos aus sehr unterschiedlichen disziplinären und theoretischen Perspektiven betrachtet und diskutiert werden kann und muss. Aus einer regionalwissenschaftlichen Medienpers-



pektive betrachtet ist es zunächst einmal interessant, unter Anwendung bereits vorhandener theoretischer Ansätze zur Wirkmacht und Funktionsweise von Medienereignissen (vgl. Dayan und Katz 1992; Couldry, Hepp und Krotz 2006; Weichert 2006) neben den unmittelbaren auch die langfristigen Folgen des transnationalen kritischen Medienereignisses „Fukushima“ zu untersuchen. Diese Perspektive bezieht sich zunächst auf die Art und Weise, wie die Reaktorkatastrophe in Fukushima Daiichi in lokalen, nationalen, aber auch in translokalen Medienöffentlichkeiten repräsentiert, rezipiert und mit anderen Ereignissen oder Themen diskursiv verknüpft wird. So ist es beispielsweise sehr aufschlussreich, dass anlässlich des medialen Erinnerns an die Ereignisse im März 2011 im Februar und März 2012 häufiger Aussagen von Japanerinnen und Japanern in den deutschen Online- und Printmedien wiedergegeben wurden, in denen diese die Reaktorkatastrophe mit den Terroranschlägen am 11. Sept. 2001 in den USA verglichen und gleichsetzten: „Fukushima war unser 9/11“,¹ oder andere zitierte Äußerungen gingen etwa in die Richtung: „Ich erinnere mich noch genau, wie es am 11. September war oder beim Tsunami 2004“. Diese Serialisierung von Medienereignissen ging so weit, dass der „Tag des Unglückes“ in Japan angeblich in Anlehnung an „9/11“ bereits als „3/11“ bezeichnet wird.²

Es mag zunächst überraschen, dass „Fukushima“ als mediales und diskursives Ereignis folglich nicht notwendigerweise, wie es vielleicht zu erwarten wäre, in der Wahrnehmung und Erinnerung mit vorangegangenen Atomreaktorunfällen verknüpft wird. Entsprechend erfolgt die Narrativierung auch nicht zwangsläufig entlang der Ereignisse „Windscale“ (UK/1957), „Three Mile Island“ (USA/1979), „Tschernobyl“ (Ukraine/1986) und „Fukushima“ (2011), sondern anhand von Medienereignissen, die offenbar als „historische“ Zäsuren wahrgenommen und vermittelt werden. Die Art und Weise, wie sie medial inszeniert werden, hat wiederum einen großen Einfluss darauf, wie und an was sich Gesellschaften überhaupt erinnern – und was sie vergessen. Vor diesem Hintergrund stellt die Frage, wie ein derart kritisches Medienereignis wie Fukushima ein, zwei oder zehn Jahre „danach“ medial und öffentlich erinnert wird, einen durchaus relevanten Untersuchungsgegenstand dar: Findet eine Schweigeminute im Gedenken an die Opfer der Katastrophe statt, wird über den „Wiederaufbau“ berichtet oder lässt man die Katastrophe sogar erneut „aufleben“, indem die Katastrophenbilder noch einmal ausgestrahlt werden?

Diese besondere Form des „Recyclings“ von Berichten und Nachrich-



ten anlässlich eines Jahrestages hat Niklas Luhmann bereits in seinem 1996 erschienenen Buch *Die Realität der Massenmedien* als ein neues Phänomen beschrieben, dessen Bedeutung weit über das Auffüllen von Sendezeit hinausgeht. Vielmehr lässt sich argumentieren, dass die Medien hierin vor allem ihre eigene Form der „Historisierung“ von Ereignissen verfolgen. Sie selektieren stellvertretend für ihr Publikum, interpretieren und ordnen ein, was „historisch bedeutsam“ ist und im Rahmen welcher „Chronologie“ Ereignisse erinnert werden sollten. Wie jedoch gerade während und nach der medialisierten öffentlichen Erinnerung an Fukushima im Februar und März 2012 besonders deutlich erkennbar wurde, kann diese sehr wohl mit einem tatsächlichen sozialen Vergessen der fortlaufenden Katastrophe in Fukushima Daiichi einher gehen, auch wenn dies zunächst paradox erscheinen mag. Denn während sich die Bilder vom März 2011 in das kollektive telematische Gedächtnis eingebrannt haben und die Erinnerung an „Fukushima“ weiterhin prägen, scheint die Gegenwart und Zukunft dieses Ortes keinen zentralen Raum darin einzunehmen.

Höchst relevant ist in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwieweit transnationale Medienereignisse wie Fukushima die Herausbildung translokaler und weitgehend themen- oder agenda-bezogener Teilöffentlichkeiten befördern. Die Soziologin Saskia Sassen spricht davon, dass der „Bürger der Zukunft“ sich im Zuge des Wechselspiels zwischen der Ent- und Renationalisierung politischer und kultureller Identitäten nicht mehr zwangsläufig oder ausschließlich dem Nationalstaat oder anderen territorial definierten Gemeinschaften, sondern zunehmend auch global präsenten, partikularen Öffentlichkeiten zugehörig fühlen wird.³

In Bezug auf die Themen Energie, Umwelt und Klima lässt sich diese Annahme zweifellos bereits auf die Gegenwart übertragen, denn in den vergangenen Jahren ist eine solche global präsente Teilöffentlichkeit entstanden. Es bleibt zu hoffen, dass sich laufende oder zu erwartende Studien, die sich mit der medialen Repräsentation der Katastrophe in Fukushima befassen, nicht nur an nationalstaatlichen Medienöffentlichkeiten orientieren, sondern sich ebenfalls mit dieser translokalen Teilöffentlichkeit auseinandersetzen werden. Da Informationen unter den Bedingungen der digitalisierten Kommunikation in Sekundenschnelle übermittelt werden, verändern sich die Bedingungen für die Produktion und Vermittlung von Wissen grundlegend – und auch das ist etwas, was wir täglich zu spüren bekommen. Entsprechend gibt es sowohl auf Seiten der Befürworter als auch der Gegner von nuklearer Energie Ansätze,

das Medienereignis Fukushima auch als eine „Chance“ des Lernens und Aufklärens über dieses Thema zu betrachten.

The Fukushima
online issue map:
spheres of actors
involved

Jean-Christophe Plantin, 2012
Cartonomics.org

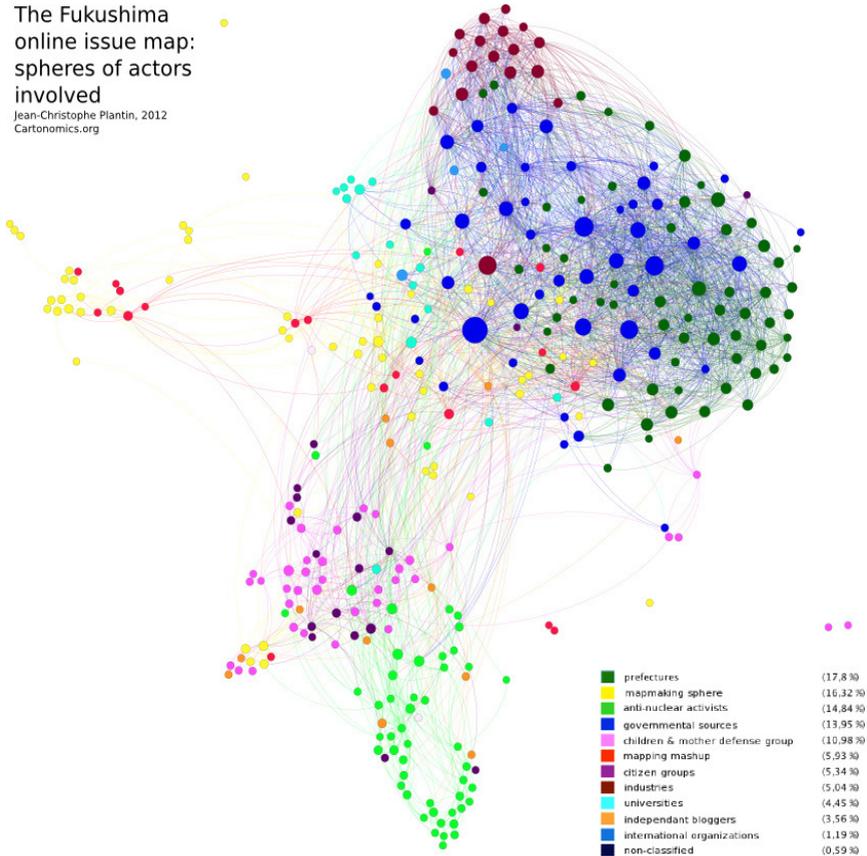


Abb. 1 The Fukushima Online Issue Map: Spheres of Actors Involved

„Die Verlinkung der Welt. Maps ermöglichen im Internet eine demokratischere Informationspolitik. Aber haben sie wirklich Einfluss auf die Debatten? Die Katastrophe von Fukushima zeigt: nur bedingt“ (der Freitag, 17.03.2012). Grafik erstellt von Jean-Christophe Plantin, Link zur Grafik: <http://cartonomics.org/wp-content/uploads/2012/03/Fukushima-online-issue-graph-without-label.png> (Letzter Zugriff am 07.05.2012).

Der zäsurhafte Charakter der weltweit in Echtzeit übertragenen Reak-



torkatastrophe in Fukushima Daiichi wurde nicht zuletzt durch großangelegte und in der medienvermittelten Diskussion vielfach zitierte Meinungsumfragen unterstrichen, die den Fokus auf den angenommenen abrupten Wandel in der Einstellung zur „zivilen“ Nutzung von Atomenergie richteten.⁴ In der deutschsprachigen Medienöffentlichkeit wurde dabei bisweilen ein greller Kontrast zwischen den „vernünftigen“ Gesellschaften des Nordens, allen voran in Deutschland, und den angeblich unverändert von der Atomenergie überzeugten, da extrem „energiehungrigen“ Ländern des globalen Südens, allen voran China und Indien, konstruiert. Fukushima wurde demnach in vielen Medientexten nur als partiell wirkmächtiges Ereignis betrachtet, das hierzulande „wahlentscheidend“, in Indien dagegen als angeblich weitgehend wirkungslos dargestellt wurde.

Weshalb ich diese mediale Darstellung und damit verbundene Konstruktion neuer, negativer Indienbilder in Bezug auf das Thema Energie bzw. Atomenergie als ausgesprochen problematisch betrachte, werde ich im vierten und abschließenden Teil dieses Beitrags darlegen. Zuvor möchte ich jedoch dafür plädieren, den Blick nicht nur auf die Politik und Haltung der indischen Regierung in der Atomenergiefrage zu richten und pauschal mit „Indien“ gleichzusetzen, wie es häufig geschieht. Vielmehr sollte in diesem Zusammenhang die indische Zivilgesellschaft stärker in den Blick genommen werden. Darüber hinaus scheint es mir wichtig, die indischen Medien selbst stärker in die Analyse der Situation mit einzubeziehen, denn in diesen wurde die Debatte maßgeblich durch „Fukushima“ befördert und deutlich bestärkt. Die Perspektive und Fragestellung kann sich jedoch keinesfalls ausschließlich auf den zeitlichen und diskursiven Rahmen des Medienereignisses „Fukushima“ beziehen, sondern dieses muss zunächst selbst kontextualisiert werden. Um dies zu tun, werde ich im folgenden zweiten Abschnitt auf den Kontext der so genannten globalen „nuklearen Renaissance“ unmittelbar vor Fukushima eingehen.

2. Der Energiekontext vor Fukushima und die globale „nukleare Renaissance“

Allgemein gesehen war der globale Energiekontext vor „Fukushima“ durch viele bahnbrechende Innovationen im Bereich der Herstellung und Nutzung existierender Brennstoffe gekennzeichnet. Auch in der Entwicklung von neuen Brennstoffen konnten deutliche Fortschritte ver-



zeichnet werden. Ein weiterer zentraler Faktor waren die neuen Technologien in der Gewinnung von zuvor unzugänglichen „unkonventionellen“ Erdgasvorkommen, denn sie haben die so genannte Kohlenwasserstoff-Landschaft in den letzten Jahren stark verändert. Erdgas wird seit einiger Zeit eine entscheidende Brückenfunktion hin zu einer kohlenstoffreduzierten Zukunft zugesprochen, obwohl sich bereits abzeichnet, dass beispielsweise durch die Tiefenbohrungen in den USA zum Teil gravierende geologische und ökologische Probleme verursacht werden können. Im Bereich der alternativen oder erneuerbaren Energien sind allen voran die Fortschritte im Bereich der Solar- und Windenergietechnologie zu nennen, die in den letzten Jahren erreicht werden konnten, sowie die Weiterentwicklung von Biobrennstoffen und nicht zuletzt die Elektrifizierung von Fahrzeugen. Angesichts der steigenden Nachfrage nach Elektrofahrzeugen wird davon ausgegangen, dass sich dies ebenfalls in den kommenden Jahren massiv auf den weltweiten Energiesektor auswirken wird.

Als weltweit größter Energiekonsument nehmen die USA in energiepolitischen Fragen weiterhin eine zentrale Rolle ein. Hier war im globalen Energiekontext vor Fukushima vor allem das politische Umdenken hinsichtlich der Rolle traditioneller Energiequellen bedeutsam, für das der Name Arnold Schwarzenegger geradezu beispielhaft steht. Während seiner Amtszeit als Gouverneur von Kalifornien hatte sich Schwarzenegger unter anderem aktiv für die Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt. Vor dem Hintergrund dieses diskursiven und politischen Wandels in der Energiefrage wurde Jan Wellinghoff, der Vorsitzende der Federal Energy Regulatory Commission in den USA, im April 2009 mit den Worten zitiert: „[...] in the light of growing prominence of renewable energy, there may be no further need for the construction of new coal or nuclear power facilities.“ (zitiert nach Ebinger und Massey 2010: 76)

Diese Einschätzung sollte sich jedoch als deutlich zu optimistisch erweisen angesichts einer neuen Begeisterungswelle für die atomare Energie, die zeitgleich viele nationale Regierungen weltweit erfasste. Obwohl 30 Jahre lang keine neue Errichtung eines AKW in den USA genehmigt wurde, hat die US-Regierung erst kürzlich vier Vorschläge für neu zu errichtende AKWs für die letzte Evaluationsrunde zugelassen, was den Rückschluss zulässt, dass die Regierung Obama doch wieder auf den beschleunigten Ausbau des Atomenergiesektors setzt – trotz Fukushima. Wie Charles Ebinger und Kevin Massey in ihrem 2010 veröffentlichten Artikel in globaler Perspektive aufzeigen, richtete unmittel-



bar vor Fukushima eine neue Generation von Politikern ihren Blick erneut auf die Nuklearindustrie und wandte sich diesem Bereich mit einer neuen Zuversicht zu, die sich ganz wesentlich auf der verbesserten Reaktortechnologie – also der Vorstellung einer zunehmend „risikoarmen“ Technologie begründete.

The energy world is abuzz with talk of a nuclear renaissance. With an increasingly resource-hungry planet desperate for a source of reliable, emissions-free power and the disaster at Chernobyl and the accident at Three Mile Island receding into distant memory, the idea of an expansion in atomic energy is enjoying a comeback in policy making and industry (Ebinger und Massey 2010: 75).

Hinter diesem neuen Szenario und fragwürdigen Versprechen eines neuen „sauberen“ Atomenergiezeitalters verbarg – und verbirgt sich weiterhin – eine ganz andere Realität, die maßgeblich durch eine veraltete Technologie aus der Ära des Kalten Krieges, durch die gravierenden Probleme der Atommüllentsorgung sowie der Regulierung angesichts stark gewandelter geopolitischer Gegebenheiten weltweit bestimmt ist. Diese gravierenden Probleme müssten nach Ansicht von Ebinger und Massey im Grunde erst einmal gelöst werden, bevor eine weitere Expansion forciert wird.

In Europa vollzogen einige der Länder, die der Atomenergie eigentlich bereits den Rücken zugekehrt hatten, in diesem Kontext geradezu eine Kehrtwende. So kündigte etwa Italien 2009 an, wieder zur nuklearen Energie zurückzukehren, obwohl das Land der Nuklearenergie infolge der Tschernobyl-Katastrophe eine Absage erteilt hatte. Im selben Jahr kündigte auch Spanien die Laufzeitverlängerung seines ältesten Reaktors an, während Schweden sein Moratorium hinsichtlich der Errichtung neuer AKWs aufgab und sogar den Aufbau eines Endlagers für atomaren Müll in Östhammar in der Provinz Uppsala beschloss – und dies übrigens mit großem Rückhalt aus der lokalen Bevölkerung, die sich davon vor allem neue Arbeitsplätze und einen wirtschaftlichen Aufschwung für die Region erhofft.⁵ Auch die britische Regierung setzte sich in den vergangenen Jahren erneut für die Ausweitung der kommerziellen Nuklearenergie ein.

In Deutschland machten die beiden Koalitionspartner CDU/CSU und FDP bereits im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009 deutlich, dass sie die Atomenergie auch weiterhin als eine unverzichtbare Brückentechno-



logie verstehen würden, auf die man aus „Mangel an klimafreundlichen und kostengünstigen Alternativen“ nicht verzichten könne. Während der Neubau von Atomkraftwerken weiterhin abgelehnt wurde, sollte stattdessen eine Laufzeitverlängerung für „sichere deutsche Anlagen“ angestrebt werden. Das so genannte TINA-Syndrom (Kurzform für die Formulierung: „There is no alternative“, im Deutschen: „alternativlos“) verbreitete sich in diesem Zusammenhang auch zunehmend unter deutschen Politiker_innen. Dieser neue Inbegriff einer politischen Basta-Rhetorik wurde auch von Bundeskanzlerin Merkel und anderen Regierungsmitgliedern gerne und häufig in Bezug auf das Thema Energie verwendet. Am Rande sei deswegen erwähnt, dass „alternativlos“ zum „Unwort des Jahres 2010“ gewählt wurde.⁶

Angesichts der zeitgleich wieder erstarkenden Anti-Atomkraftbewegung in Deutschland war dennoch allen Pro-Nuklearenergie-Akteuren bewusst, dass sich die Verhandlungen auf diesem politischen Terrain entsprechend schwierig gestalten würden, worauf sie wiederum mit einer entsprechenden Lobby-Strategie reagierten, um die öffentliche Meinung wie auch die Einstellungen von politischen Entscheidungsträgern gezielt zu beeinflussen. Das eindrucklichste Beispiel hierfür war eine breite Medienkampagne im Spätsommer 2010, die als „Energiepolitischer Appell“ betitelt wurde. Dieser wurde also genau zu dem Zeitpunkt lanciert, als sich die deutsche Regierung mit den Betreibern von AKWs auf mögliche Laufzeitverlängerungen über den eigentlichen anvisierten Zeitpunkt 2020 hinaus verständigte und zugleich den Entwurf für ein Kernbrennstoffsteuergesetz in den Deutschen Bundestag einbrachte. Den zentralen Teil dieser Medienkampagne bildete eine ganzseitige Zeitungsanzeige, in der sich 40 berühmte Persönlichkeiten, angefangen von Josef Ackermann von der Deutschen Bank, den beiden ehemaligen Spitzenpolitikern Otto Schily und Wolfgang Clement über Rüdiger Grube von der Deutschen Bahn AG bis hin zu DFB-Manager Oliver Bierhoff im Namen der vier großen Energiekonzerne vorbehaltlos für die Verlängerung der AKW-Laufzeit aussprachen.

Die Tatsache, dass es sich bei den 40 Unterzeichnenden dieser Anzeige ausnahmslos um Männer handelte, befeuerte einerseits die feministische Kritik am deutschen „Atompatriarchat“, während der deutsche Zweig der Interessenvertretung Women in Nuclear (WIN) diese Aktion ausdrücklich unterstützte und dazu zu nutzen versuchte, sich in der energiepolitischen Diskussion endlich mehr Gehör zu verschaffen. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch, wie beispielsweise die



höchst erfolgreiche Satire-Sendung „heute show“ im Zweiten Deutschen Fernsehen diese Kampagne gezielt aufs Korn nahm und die Kehrtwende in der Atomenergiepolitik über Monate mit Spott und Hohn bedachte. Derartige satirische Spitzen, wie sie die „heute show“ im Sommer 2010 sendete, hätten noch vor 30 Jahren möglicherweise einen bundesdeutschen Fernseh-Skandal verursacht oder zu dem einen oder anderen Bildausfall im ZDF geführt. Im Jahr 2010 dagegen kann man diese Haltung einer so erfolg- und vor allem stark quotenorientierten Sendung vielleicht auch als einen weiteren Indikator dafür betrachten, dass man bereits zu diesem Zeitpunkt genau wusste, wie breit die Ablehnung gegenüber der Atomenergie in der deutschen Bevölkerung inzwischen verankert war – also bereits ein halbes Jahr „vor Fukushima“.⁷

Tatsächlich ist dies ein Faktor, den Soziologen auch mit Blick auf die Anti-Atomkraftbewegung herausstellen, wie wir sie in Deutschland im Herbst 2010 in Form von großen Demonstrationen, Menschenketten und einem umfassenden Internet-Aktivismus erlebt haben. Diese Bewegung verfügte über eine wesentlich breitere soziale Basis als in den Jahrzehnten zuvor (vgl. Mez 2011: 13-22; Günther 2011: 31-40). Gerade in der Mittelschicht schwand der Rückhalt für Atomenergie zunehmend und viele kleine und mittelständische Energieunternehmen unterstützten den Protest. Ein zentrales Argument war dabei die Kritik, dass auf kommunaler Ebene infolge der Laufzeitverlängerung von AKWs Investitionen in Millionenhöhe ausgesetzt worden waren. In einer Gegenkampagne zu dem zuvor erwähnten „Energiepolitischen Appell“ der Atomlobby schaltete die Initiative Pro Wettbewerb und Klimaschutz ihrerseits ganzseitige Anzeigen unter dem Titel „Vier gewinnen, Millionen verlieren“. Dessen ungeachtet wurde die Laufzeitverlängerung durch die Stimmenmehrheit der konservativ-liberalen Koalition im Bundestag beschlossen, so dass die vor 1980 in Betrieb gegangenen sieben AKWs Strommengen für weitere acht Betriebsjahre erhielten und die übrigen AKWs Strommengen für zusätzliche 14 Jahre.

Während es in Deutschland und anderen europäischen Ländern vor allem um die Frage der Laufzeitverlängerung und Endlagerung von atomarem Müll ging, bekräftigen viele nationale Regierungen in den Ländern des so genannten globalen Südens seit einigen Jahren ihre Entschlossenheit, die Produktion von Atomstrom vor allem durch die Neuerrichtung von AKWs deutlich auszuweiten. Laut Übersichtsstatistiken, die die World Nuclear Association auf ihrer Webseite zur Verfügung stellt, befanden sich im Frühjahr 2012 weltweit 60 neue AKWs im Bau,



davon allein mehr als 20 in China, neun in Indien und eins in Pakistan.⁸ Bereits vor „Fukushima“ befanden sich darüber hinaus viele weitere AKWs in Planung. Hier wird es von ganz unterschiedlichen Faktoren abhängen, welche Bauvorhaben angesichts der derzeit explodierenden Kosten für Reaktoren letztlich noch umgesetzt werden können. Vor dem Hintergrund dieser globalen Entwicklung im Vorfeld der Katastrophe von Fukushima Daiichi scheint die Rede von einer „nuklearen Renaissance“ also mehr als gerechtfertigt und es wird teilweise auch weiterhin davon ausgegangen, dass die Atomenergie in den kommenden Dekaden eine wichtige Rolle für die Weltwirtschaft spielen wird.

Doch selbst wenn die neue Generation von Atomreaktoren sicherer und das nukleare Abfall-Management annähernd zufriedenstellend und angemessen reguliert werden könnten, weisen Beobachter dieser globalen Entwicklung seit Jahren darauf hin, dass durch einen massiven Ausbau der Atomenergie enorme neue Sicherheitsrisiken entstünden und es mehr als fraglich sei, ob die internationale Gemeinschaft in der Lage sei, mit diesen Herausforderungen wirklich umzugehen. Insbesondere gilt dies mit Blick auf neue Proliferationsquellen – denn dass die „zivile“ Nuklearenergie wirklich ohne die „militärische“ gedacht werden könnte, hat sich längst als unhaltbarer Mythos erwiesen (vgl. Netzer und Steinhilber 2011: 4ff.). Angesichts dieses globalen Szenarios sahen sich Ebinger und Massey zu einer äußerst pessimistischen Einschätzung veranlasst, die rückblickend geradezu hellsichtig wirken mag, da die beiden Autoren in ihrem bereits 2010 erschienenen Überblicksartikel schreiben:

In the absence of a dramatic breakthrough in renewable energy technology or another nuclear accident in the near future, it appears that atomic power will increase its absolute - if not proportionate - contribution to global energy supply. (Ebinger und Massey 2010: 76, eigene Hervorhebung)

Wie sich gegenwärtig zeigt, wird die Ausweitung der atomaren Energiesektors trotz Fukushima, trotz zunehmender Proteste und trotz der derzeit kaum kalkulierbaren Investitions- und Baukosten zumindest in kurz- mittelfristiger Perspektive von vielen nationalen Regierung ungehindert weiter verfolgt. Dennoch sind die Perspektiven insgesamt deutlich eingetrübt, was vor allem an den tatsächlich erzielten Durchbrüchen im Bereich der erneuerbaren Energien liegt, allen voran im Bereich der



Solar- und Windenergie. In Deutschland verhängte die konservativ-liberale Koalitionsregierung nach den Ereignissen in Japan im März 2011 zunächst das so genannte Atommoratorium und beschloss zugleich die Einsetzung einer Ethikkommission, und nachdem diese wiederum zu dem Ergebnis kam, dass der Automausstieg in Deutschland bis zum Jahr 2021 oder sogar noch früher möglich sei, stand dem offiziellen Beschluss zum Ausstieg nichts mehr im Weg.⁹ Bis 2022 sollen die in Deutschland noch im Betrieb befindlichen AKWs nun stillgelegt werden.

Was von vielen Beobachtern zunächst als übereiltes und chaotisches Handeln der deutschen Regierung dargestellt wurde, stellt sich jedoch deutlich anders dar, wenn man berücksichtigt, wie viele Studien und Berichte in den vergangenen Jahren mit Blick auf das nun scheinbar so plötzlich eintretende Ausstiegsszenario erstellt wurden.¹⁰ Weiterhin stellt auch dies sicherlich eine Reflexion des angesprochenen, tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels dar, der sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Einstellung zur Atompolitik und -energie in Deutschland vollzogen hat. Gleichzeitig hält die Bundesregierung am Ziel der CO₂-Reduzierung in Deutschland um 40 Prozent bis 2020 und um 80-95 Prozent bis 2050 fest. Unmittelbar nach dieser Ankündigung prognostizierte Regine Günther vom World Wildlife Fund in Berlin, dass dies unweigerlich zu einem großen Anstieg im Verbrauch von erneuerbaren Energien und zugleich zu umfassenden Verbesserungen im Bereich der Energieeffizienz führen würde – sofern die konservativ-liberale Regierungskoalition ihre Glaubwürdigkeit nicht selbst erneut untergraben würde (vgl. Günther 2011). Der zuletzt genannte Fall ist dann jedoch (wieder) eingetreten, denn die eingeleitete Energiewende leidet, wie wiederum Regine Günther im Frühjahr 2012 mehrfach in deutschen Medien konstatierte, derzeit erneut unter der Selbstblockade einer Regierung die sich abermals in „Lobbykonflikten verheddert“, was für die deutsche Medienöffentlichkeit im Frühjahr 2011 vor allem an dem Machtkonflikt über die Frage der Förderung von Solarenergie punktuell sichtbar wurde.¹¹

Auch wenn vor diesem Hintergrund aktuell von einem Dornröschenschlaf der Regierung bei der Umsetzung die Rede ist, wird die Energiewende selbst mittlerweile nur noch von den wenigsten in Frage gestellt. Auch wächst der Anteil erneuerbarer Energien momentan in Deutschland sogar schneller als ursprünglich anvisiert, so dass 2011 bereits rund 20 Prozent am Stromverbrauch aus Solar-, Wind- und anderen erneuerbaren Energiequellen stammten, bis 2020 sollen es 35 Prozent sein, wobei die Bundesregierung unter anderem auf den Auf- bzw. Aus-



bau von Windparks in der Nord- und Ostsee setzt. Für die Grünen ist das noch zu wenig ehrgeizig, denn sie vertreten die Position, dass 45 Prozent bis 2020 durchaus möglich wären. Ähnlich lautet die Kritik anderer Akteure, die ebenfalls die Haltung einnehmen, dass die Bundesregierung die Energiewende derzeit wieder einmal zugunsten der traditionellen Energiewirtschaft verzögere.

3. Die Situation in Indien - vor und unmittelbar nach „Fukushima“

Wie sich die Situation in Indien unmittelbar vor Fukushima und gegenwärtig darstellt, möchte ich im Folgenden anhand der drei folgenden Aspekte darstellen:

- 1) Indiens globale „Uran-Diplomatie“
- 2) Die Debatte über das neue Gesetz zur Regulierung der Atomenergie und zur Schaffung einer unabhängigen Atomaufsichtsbehörde
- 3) Lokaler Widerstand gegen den geplanten Reaktorkomplex in Jaitapur in Maharashtra

3.1 Indiens globale „Uran-Diplomatie“

Indien hat 2009 ein Abkommen mit der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unterzeichnet und sich damit bereit erklärt, einen Teil seiner bislang abgeschotteten Kernkraftwerke regelmäßig durch internationale Atomkontrolleure inspizieren zu lassen; allerdings handelt es sich dabei lediglich um 14 der insgesamt 22 Reaktoren. Dieses Abkommen war eine wichtige Bedingung des US-indischen Abkommens zur Zusammenarbeit bei der so genannten zivilen Nutzung von Atomenergie und zugleich die zentrale Voraussetzung für die Lieferung von Brennstoff und Nukleartechnologie an Indien. Durch dieses Abkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde endet das 34-jährige Lieferembargo der Nuclear Suppliers Group gegen Indien. Da Indien den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat und bereits 1974 seinen ersten Atomsprengsatz zündete, führte dies damals zur Gründung der Nuclear Suppliers Group (NSG), die sich der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verschrieben hat und sich aktuell aus 46 Teilnehmerstaaten zu-



sammensetzt.¹²

Angesichts dieser weltpolitischen Veränderungen in den letzten Jahren stehen die Lieferanten von Uran und Reaktoren derzeit Schlange und hoffen auf lukrative Aufträge in Indien. Bereits in den Jahren zuvor hatte Indien seine „diplomatischen Netzfäden“, wie es Devika Sharma nennt, in nahezu der gesamten Uran produzierenden Welt ausgeworfen und unter anderem Abkommen mit Frankreich, Russland und Kasachstan unterzeichnet (Sharma 2010: 91f.). Australien hatte es lange Zeit abgelehnt, in den Uranhandel mit Indien einzusteigen, während sich Kanada, Brasilien, Südafrika und Gabun infolge des US-indischen Nuklearabkommens schon 2008 bereit erklärt hatten, Indien künftig mit Uran zu versorgen. Im Dezember 2011 haben die Abgeordneten von Australiens regierender Labor Party schließlich doch mit knapper Mehrheit für die Aufhebung des Uran-Exportverbots an Indien gestimmt. Premierministerin Julia Gillard argumentierte in diesem Zusammenhang, dass es irrational sei, Uran an aufstrebende Länder wie China, nicht aber an Indien als „größte Demokratie der Welt“ zu verkaufen.¹³ Australien selbst nutzt keine Atomenergie, ist aber nach Kasachstan und Kanada der drittgrößte Uranproduzent der Welt. Diesen Uranhandel sieht die indische Regierung als wesentlichen Bestandteil einer längerfristigen Strategie, die Indien schrittweise in Richtung einer energieautarken und relativ CO₂-armen Zukunft führen soll. Um Versorgungsengpässe zu verhindern, zeigt die indische Regierung darüber hinaus auch seit einiger Zeit ein gestiegenes Interesse am Erwerb von Uranminen.

Indiens Energiemix basiert zum Großteil auf fossilen Brennstoffen. Nach offiziellen Schätzungen werden Kohle und Öl noch mindestens bis 2020 die dominanten Brennstoffe bleiben. Danach wird es eng, denn es wird davon ausgegangen, dass die heimischen Kohlreserven schätzungsweise noch 40-50 Jahre reichen werden, während das Erdöl bereits in zehn Jahren knapp wird. Zwar sehen die Perspektiven für Erdgas etwas günstiger aus, aber auch hier wird davon ausgegangen, dass die Erdgas-Vorkommen noch maximal für 28 Jahre reichen werden, während die erneuerbaren Energien nach wie vor als in ihren „Kinderschuhen“ steckend wahrgenommen werden (Sharma 2010: 92ff., vgl. zu Indiens Energiesituation auch Bauer 2011). Im Jahr 2011 waren in Indien 20 AKWs mit einer Nennleistung von 4.780 MW in Betrieb, die meisten davon befinden sich zu Kühlungszwecken an der tsunamigefährdeten Küste.¹⁴

Vor dem Hintergrund dieser spezifischen Energiesituation argumen-



tieren die Befürworter der Atomenergie in Indien, die Energieunsicherheit mache eine Ausweitung des Atomenergieprogramms unverzichtbar und böte zugleich eine Möglichkeit, die Abhängigkeit von der Kohlenutzung zu reduzieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Reduktion des Klimawandels zu leisten. Der so genannte Drei-Phasen-Plan der indischen Regierung sieht das Land als führende Nation auf dem Gebiet der Nukleartechnologie und strebt als Ziel einen geschlossenen Brennstoffkreislauf an, der sich ausschließlich aus einheimischen Ressourcen und Technologien speist. In der dritten Phase sieht dieser Plan vor, dass Indien die Verwendung von Thorium als Basis für die Gewinnung von atomarem Brennstoff kommerziell profitabel macht, denn davon hat Indien wesentlich größere Vorräte als es eigene Uranvorräte besitzt. Erst 2050 sollen gemäß dieses Plans die so genannten Advanced Heavy Water Thorium Reactors fertiggestellt sein und das bedeutet zugleich, dass Indien – im Widerspruch zu seinem dezidierten Streben nach Energieunabhängigkeit – in kurz- und mittelfristiger Perspektive sogar kontinuierlich steigende Mengen an Uran importieren muss, um die aktuell bestehenden und derzeit im Bau oder in Planung befindlichen Reaktoren zu „füttern“.

Solange die Nuclear Suppliers Group den Uranhandel mit Indien mit einem Boykott belegt hatte, liefen die bestehenden AKWs in Indien jahrelang unterhalb ihrer Kapazitäten. Die Lücke konnte auch durch die forcierte Suche nach Uran in Indien nicht geschlossen werden. „India’s need to aggressively exploit its limited uranium reserves“, bis Thorium die Basis für die Atomenergie in Indien bildet, sieht der ehemalige Vorsitzende der indischen Atomenergiekommission und in den indischen Medien gerne als „nuke guru“ bezeichnete Anil Kakodkar vor diesem Hintergrund als absolute Priorität. Durch die erst 2003 in Betrieb genommene Uranmine in Turamdih in Jharkand konnte die Leistung in mehreren indischen AKWs nach Medienberichten inzwischen um ein Vielfaches erhöht werden. Weitere (PR-)Informationen, Abbildungen und Berichte zu den bestehenden und neu geplanten Uranminen in Indien stellt die Uranium Corporation of India Ltd. auf ihrer Webseite zur Verfügung.¹⁵

Neue Uran-Abbauprojekte werden derzeit mit Nachdruck in Karnataka, Andhra Pradesh und Meghalaya vorangetrieben, wobei sich die Aufmerksamkeit insbesondere darauf richtet, eine bessere Uran-Qualität zu erlangen, was sich bislang als ausgesprochen schwierig erweist. Also besteht das grundsätzliche Paradoxon darin, dass die indische Re-



gierung von Energieautarkie spricht und zugleich ungehindert auf den Import von Reaktoren und den dazu gehörenden Technologien setzt, die nur mit angereichertem Uran betrieben werden können, welches in Indien bislang weder in der erforderlichen Qualität noch im benötigten Umfang vorhanden war. Die „Uran-Diplomatie“ mit möglichst vielen Partnerländern und die Investition der indischen Regierung in Anteile an Uran-Minen in Südafrika, Kasachstan und sogar in Australien stellen einen angestrebten Lösungsweg für dieses Problem dar. Eine weitere Alternative wird mit dem Ausbau der Druckwassertechnologie unter Verwendung schweren Wassers verfolgt, denn diese Schwerwasserreaktoren können auch mit nicht angereichertem Uran betrieben werden.

3.2 Die Debatte über das neue Gesetz zur Regulierung der Atomenergie und zur Schaffung einer unabhängigen Atomaufsichtsbehörde

Die Befürwortung der Atomenergiewirtschaft verlangt, wie Nina Netzer und Jochen Steinhilber argumentieren, nicht nur nach einer besonderen Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft, sondern sie fördert sogar einen spezifischen Staatstypus. Oder andersherum formuliert: Die Atomindustrie genießt überall dort günstige Bedingungen, wo tendenziell geschlossene politische Systeme bestehen. In stark zentralisierten Staaten finden wir häufig ein hierarchisches politisches System, in dem technokratische Vorstellungen einen besonders großen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse haben und entsprechend groß ist dort die Tendenz, die Gesellschaft von diesen Prozessen auszugrenzen. Dies gilt nicht nur für die Unterstützung der Atomindustrie unter „normalen Bedingungen“, sondern insbesondere dann, wenn es zu einem Reaktorstörfall kommt. In diesen Fällen gehören Verschleierungstaktiken, Geheimhaltungen und das Herunterspielen von Unfällen und ihren Folgen laut Netzer und Steinhilber zum Repertoire des gesamten politischen Systems. Gerade weil kleinere Unfälle das Vertrauen der Bevölkerung und die Zuversicht in eine hochriskante Technologie entscheidend schwächen und sogar dazu führen können, dass die Technologie grundsätzlich in Frage gestellt wird, tendieren Energieunternehmen und Behörden dazu, Halbwahrheiten und gezielte Desinformationen zu verbreiten, und das gerade in einer demokratischen Umgebung, wie die beiden Autor_innen betonen.



Während die Voraussetzungen für die Atomindustrie zweifellos in autoritären Regimen und Diktaturen besonders günstig sind, bestehen in Demokratien ebenfalls „besondere Strukturen“, durch die kritische Debatten an den Rand gedrängt werden und Entscheidungen, die die Atomindustrie in besonderem Maße begünstigen, gezielt von einer kritischen Betrachtung durch die Öffentlichkeit abgeschirmt werden; Netzer und Steinhilber sprechen hier von einer „special zone“ innerhalb dieser Demokratien. Beispielhaft dafür ist etwa die sog. „nucléocratie“ in Frankreich, womit die besonders engmaschige Verstrickung einer Elite in den unterschiedlichen Bereichen der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft bezeichnet wird, deren Angehörige aus denselben elitären Ausbildungsstätten hervorgegangen sind. Neben einigen anderen Faktoren hat dies maßgeblich dazu beigetragen, dass eine transparente politische Debatte über die Atomenergie in Frankreich lange Zeit verhindert werden konnte. Infolge der Undurchdringlichkeit von Regierungsinstitutionen war es dort in der Vergangenheit vergleichsweise einfach, politische Entscheidungen von der Öffentlichkeit abzuschirmen.

In demokratischen Staaten, die demgegenüber über offenere, dezentralere und pluralistischere Systeme verfügen und in denen eine öffentliche Debatte zugelassen wurde, geriet die Atomenergie als eine „offizielle Technologie“ früher unter Druck.

The wall of political protection surrounding the nuclear energy, close ties between the industry and the political arena, repression and surveillance (...) have all helped create a ‚special zone‘ within democracies in which different rules of the game apply. (Netzer und Steinhilber 2011: 8)

Wenn es jedoch wenig Transparenz und kaum Möglichkeiten zu einer demokratischen Debatte über die möglichen Folgen und denkbare Alternativen gibt, führt dies immer wieder zur Formierung von Widerstand seitens der Zivilgesellschaft. In allen Staaten dieser Erde, in denen eine öffentliche Diskussion über strittige Themen unterdrückt wird, entsteht vor allem in lokalen Kontexten, wo die Energieinfrastruktur die Lebensbedingungen und die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt, Widerstand. So beispielsweise in China in Gestalt von Internetkampagnen gegen die Errichtung neuer AKWs oder etwa eines Selbsthilfvereins der sog. Atomnomaden in Frankreich.¹⁷ Über den situativen Protest in lokalen Kontexten haben sich auch in vielen Ländern bereits vor der



Katastrophe in Fukushima Daiichi Antiatomkraftbewegungen im Sinne einer sozialen Bewegung gebildet, wie beispielsweise die Indian National Alliance of Anti-Nuclear Movements, die sich aus mehr als 100 NGOs und lokalen Bewegungen in Indien zusammensetzt (vgl. Prabhu 2011). Daraus folgern Netzer und Steinhilber, dass sich genau an der Schnittstelle, welche die Technologie mit der Gesellschaft verbindet, zeigen wird, ob sich Demokratien weiter entwickeln können und ob es möglich ist, einen echten Dialog über entscheidende Fragen der Technologie zu ermöglichen, die immer enger mit den Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und des privaten Lebens verwoben sind (Netzer und Steinhilber 2011: 7ff.).

In Indien lässt sich seit der Unabhängigkeit des Landes eine Kontinuität hinsichtlich der oben genannten „special zone“ innerhalb der Demokratie feststellen, denn der indische Staat sowie auch die politische und wirtschaftliche Elite setzten von Anfang an auf den Ausbau der einheimischen Nuklearenergie, um sich langfristig möglichst unabhängig zu machen von Energieimporten. Entsprechend hoch ist auch der Grad der Zentralisierung im indischen Nuklearsektor, so dass man auch hier wie in Frankreich eindeutig von einer stark zentralisierten und wenig transparenten Nukleokratie sprechen kann.

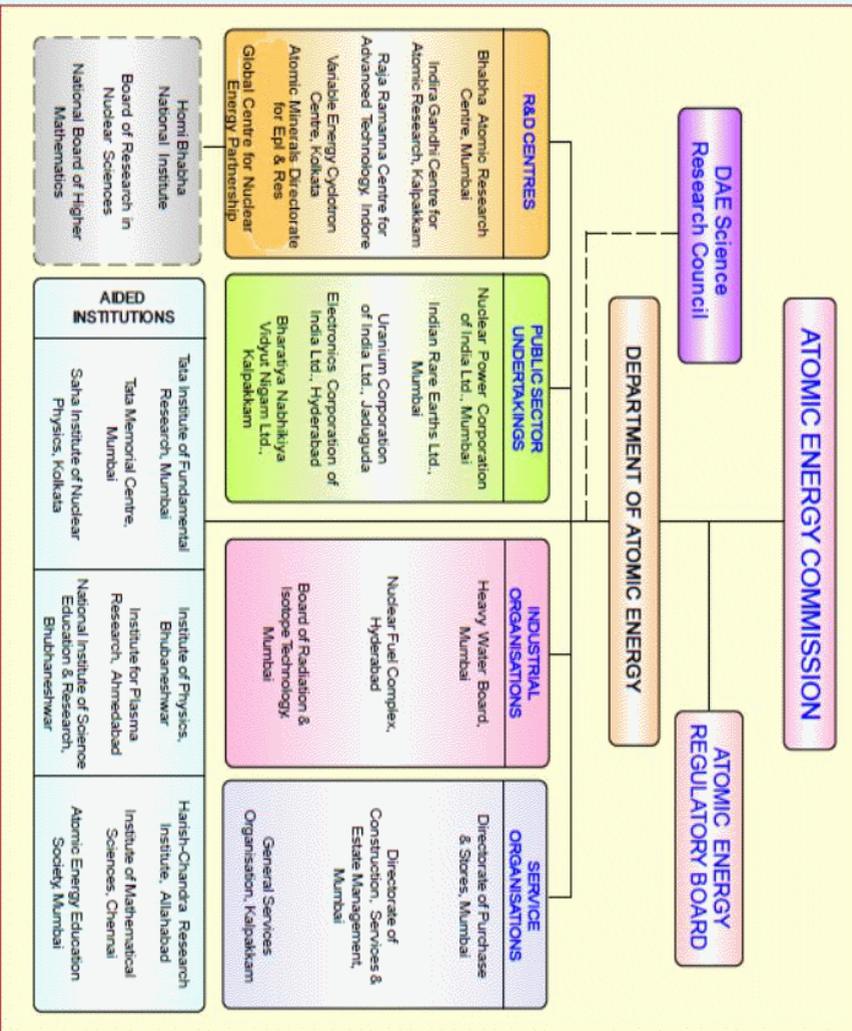


Abb. 2 Grafische Übersicht über die Gremien und Institute, die zum indischen Atomestablishment zählen. Quelle: Webseite des Department of Atomic Energy (Letzter Zugriff am 07.05.2012).
 Link zur Grafik: <http://www.dae.gov.in/sectt/daeorg/daeorg.htm>



Das ausführende Gremium ist das Department of Atomic Energy (DAE), dessen Wirken voll und ganz auf die Expansion der Atomenergie ausgerichtet ist. Dem DAE untersteht wiederum die staatliche Aufsichtsbehörde für nukleare Sicherheit, Atomic Energy Regulatory Board oder kurz: AERB, das 1983 eingesetzt wurde und die hauptsächlich für die Regulierung der Strahlungssicherheit zuständig ist. Das AERB berichtet wiederum gegenüber der Atomic Energy Commission, die gemäß der Gesetzesgrundlage des Atomic Energy Act von 1962 ein ausführendes Organ ist, aber keine unabhängigen Entscheidungen treffen kann. Die Mitglieder der beratenden Komitees, die vom AERB eingesetzt werden, setzen sich neben Vertretern aus der Atomindustrie (insbesondere der Nuclear Power Corporation of India) fast ausschließlich aus Beamten aus dem DAE zusammen, die entweder im Ruhestand oder noch für das DAE tätig sind, oder aus anderen sog. „synergetischen Institutionen“ der indischen Nukleokratie stammen, allen voran des Bhabha Atomic Research Center – und vor diesem Hintergrund ist die Unabhängigkeit der Experten in diesen beratenden Komitees mehr als fraglich:

Regulatory reviews by such inbred bodies cannot inspire confidence among those who would like such committees to have no conflict of interest. (Sardana 2012: 7)

Ein Hauptkritikpunkt der Atomenergie-Gegner in Indien war entsprechend bereits vor Fukushima, dass es keine unabhängige Atomregulierungsbehörde gibt, die nicht dem DAE, sondern dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Dies sei jedoch unbedingt erforderlich, da es in der Vergangenheit zu einer ganzen Reihe von Unfällen und Störfällen an verschiedenen Reaktoren in Indien kam und die Sicherheitsvorkehrungen von unabhängigen Experten insgesamt als absolut unzureichend kritisiert werden. Nachdem die Folgen derart nachlässiger Sicherheitsvorkehrungen in Japan deutlich geworden sind, geriet die indische Regierung im März 2011 zusätzlich unter Druck, endlich einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen. Als Reaktion auf diese wachsende Kritik versicherte Premierminister Manmohan Singh in seiner Stellungnahme vom 14. März 2011 vor dem indischen Parlament, dass die Rahmenbedingungen für die Regulierung der atomaren Sicherheit umgehend deutlich gestärkt würden.

Daraufhin wurde zunächst das Department of Atomic Energy (DAE) angewiesen, eine Überprüfung sämtlicher Sicherheitssysteme aller



AKW-Anlagen in Indien vorzunehmen, insbesondere mit Blick auf ihre Standfestigkeit im Falle einer Naturkatastrophe, etwa eines Tsunamis oder eines Erdbebens. Ferner kündigte Singh damals an, dass das Atomic Energy Regulatory Board (AERB) verstärkt und zu einer tatsächlich autonomen und unabhängigen Institution ausgebaut werden sollte. Sämtliche Reaktoren sollten künftig von dieser autonomen Atomregulierungsbehörde zertifiziert werden, und dasselbe würde für eingeführte Reaktoren und die dazu gehörigen Technologien gelten. Insgesamt sollte im Interesse der indischen Gesellschaft eine größere Transparenz des indischen Nuklearestablishments hergestellt werden.

Bereits sechs Monate später, also im September 2011, stellte die indische Regierung den Entwurf des neuen Nuclear Safety Authority Bill 2011 vor, der unter anderem vorsieht, dass das AERB durch die neu eingerichtete Nuclear Safety Regulatory Authority (NSRA) ersetzt wird. Diese Gesetzesvorlage wird derzeit vor dem Parliament Standing Committee for Science and Technology geprüft und in der indischen Medienöffentlichkeit eingehend debattiert. Die öffentliche Kritik entzündet sich vor allem daran, dass die Regierung zwar schnell einen Gesetzesentwurf vorgelegt hat, der jedoch lediglich vorsieht, dass sich die NSRA um die Frage der Sicherheit während der Aktivitäten kümmert, die im Zusammenhang stehen mit der Produktion, Lagerung, dem Transport und Transfer durch einen Verkauf etc. – nicht aber um Vorgänge, die die Zentralregierung aufgrund des Atomic Energy Acts von 1962 im Interesse der nationalen Sicherheit geheim halten muss, also mit anderen Worten sämtliche Vorgänge, die mit der Auswahl von Orten, an denen Reaktoren gebaut werden sollen, mit dem Bau von atomaren Einrichtungen und mit Abbau von Uran oder Thorium zu tun haben.

In diesem Fall würde auch die NSRA, genau wie ihre Vorgängerin, von den Informationen abhängen, die ihr die Zentralregierung zur Verfügung stellt. Sardana kritisiert auch, dass im Gesetzestext nicht vorgesehen sei, ob die NSRA eine zentrale Rolle im Fall eines atomaren Unfalles einnehmen würde oder ob sie eigenständig Förderprogramme durchführen könne, um staatliche Behörden und die Bevölkerung so zu schulen, dass sie im Fall einer atomaren Katastrophe entsprechend darauf reagieren könnten. Generell wurde in diesem Zusammenhang auch vielfach kritisiert, dass es keine Aussage seitens der Regierung gab, ob irgendwelche konsultativen Mechanismen außerhalb der Regierung vorgesehen waren, durch die Experten und die Zivilgesellschaft in die Debatte mit einbezogen würden. Vor diesem Hintergrund wurde die



neue Regulierungsbehörde bereits im Vorfeld als „zahnlos“ betrachtet und M.M.K. Sardana kommt in seiner Analyse der neuen Gesetzesvorlage zu dem Ergebnis, dass diese nicht auf der Höhe der Zeit sei und den Erwartungen hinsichtlich der Sicherheit und öffentlichen Gesundheit nicht genüge:

Perhaps the Bill in its present form falls short of expectations of safety and public health and is out of sync with the international legislations of advanced democracies. The Bill in its present form has been drafted in a haste as an in house effort of the Department of Atomic Energy by itself without generating a public debate and consultation among stakeholders. (Sardana 2012: 22)

Und daraus folgt schließlich:

Standard Committee on Parliament to whom this Bill was sent for its recommendations should advise the Government to withdraw the proposed Bill. Instead, a fresh Bill should be brought in its place after a joint endeavour in drafting and incorporating views of all stakeholders, public interest groups and provisions of similar legislations elsewhere which may fulfill the objectives of public safety and public concern. (Sardana 2012: 23)

Bei einer Anhörung im Januar diesen Jahres (2012) haben Abgeordnete unterschiedlicher Parteien den Gesetzesentwurf heftig kritisiert und das Department of Atomic Energy aufgefordert, Nachbesserungen vorzunehmen, um eine tatsächliche Unabhängigkeit der vorgesehenen Atomregulierungsbehörde zu ermöglichen und zu garantieren. Das indische Atomestablishment hält unterdessen stramm an seinem Expansionskurs fest, ignorierte auch die Forderung nach einem Moratorium wie in Deutschland unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe in Japan,¹⁷ und bedient sich weiterhin seiner altgedienten Rhetorik, in der jedes Risiko eines Störfalls an indischen Kernkraftwerken infolge einer Naturkatastrophe und sogar die Gefahr einer erhöhten radioaktiven Strahlung in der Nähe von AKWs rundheraus bestritten werden. Entsprechende Äußerungen waren zuletzt wieder Ende 2011 und im Frühjahr 2012 gehäuft aus den indischen Medien zu entnehmen, und zwar vor allem als Reaktion auf die Proteste gegen die im Bau befindliche Reaktoranlage in Kudankulam in Tamil Nadu.



Srikumar Banerjee, der Vorsitzende der Atomic Energy Commission, äußerte in diesem Zusammenhang im November letzten Jahres gegenüber Journalisten, dass „alle indischen Reaktoren ‚absolut sicher‘ seien“, was in sog. Stresstests in den Monaten zuvor „gründlich geprüft“ worden sei.¹⁸ In sehr weit hergeholten Zahlen und Vergleichen spielte er auch das Risiko einer radioaktiven Strahlung herunter und verwies im selben Interview darauf, dass es allein in Indien in jedem Jahr mehr Verkehrstote gäbe als bislang Menschen aufgrund von radioaktiver Strahlung ums Leben gekommen seien. In internationaler Perspektive sorgte vor allem ein Interview des Wissenschaftsmagazins SCIENCE aus der Ausgabe vom 24. Februar 2012 für einige Aufregung, denn darin machte Premierminister Singh die Intervention ausländischer NGOs für den wachsenden lokalen Widerstand gegen das Reaktorvorhaben in Kudankulam verantwortlich, während das „denkende Segment“ der Bevölkerung Indiens „selbstverständlich für die Atomenergie sei“. Im Wortlaut sagte Singh in diesem Interview:

M.S.: (...) There are NGOs, often funded from the United States and the Scandinavian countries, which are not fully appreciative of the development challenges that our country faces. But we are a democracy, we are not like China. You know, for example, what's happening in Kudankulam (in southern India, where local NGO-led protests have stalled commissioning of two 1000-megawatt nuclear reactors). The atomic energy program has got into difficulties because these NGOs, mostly I think based in the United States, don't appreciate the need for our country to increase the energy supply.

Q: After the Fukushima disaster in Japan, do you still think that nuclear energy has a role in India?

M.S.: Yes, where India is concerned, yes. The thinking segment of our population certainly is supportive of nuclear energy.¹⁹

Singhs Rückgriff auf die polarisierende Rhetorik des nationalen Developmentalismus, in der die Atomenergie als „alternativloser“ Weg zur Modernisierung und ausreichenden Energieversorgung Indiens dargestellt und jeder Widerstand entsprechend als „anti-national“, „unvernünftig“ und „anti-fortschrittlich“ diffamiert wird, mag einerseits als ein Indiz dafür gewertet werden, dass die Nervosität der indischen Nukleokraten angesichts des tatsächlich wachsenden Widerstandes gegen



die Atomenergie im Land stark zugenommen hat. Andererseits zeigen Aussagen wie diese auch, wie starr und wenig dialogbereit das indische Atomestabliement auch nach Fukushima an seinem Expansionskurs festhält, so dass die Perspektiven für eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Diskussion und Entscheidungsprozess über energiepolitische Fragen derzeit noch ausgesprochen düster wirken.

3.3 Lokaler Widerstand gegen den geplanten Reaktorkomplex in Jaitapur, Maharashtra

Neben dem Reaktorbau in Kudankulam steht momentan vor allem der geplante Reaktorkomplex in Jaitapur im Bezirk Ratnagiri im westindischen Bundesstaat Maharashtra im Zentrum des Protests gegen die nuklearen Expansionspläne der indischen Regierung. Für die indische Anti-Atomkraft-Bewegung verkörpert Jaitapur alles, was im indischen Nuklearsektor derzeit schief läuft. In Kooperation mit dem französischen Staatskonzern AREVA sollen dort sechs Reaktoren entstehen, jeder mit einer Nennleistung von 1.650 MW, womit dieses Projekt zugleich einer der größten Reaktorkomplexe der Welt wäre. Der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy reiste Ende 2010 persönlich nach Indien, um die Verträge für dieses Vorhaben zu unterzeichnen. Die Reaktoren des Europäischen Druckwasserreaktor-Typs EPR, die von AREVA gekauft werden sollen, sind weltweit noch nicht im Einsatz. Im finnischen Olkiluoto, wo seit 2005 erstmals ein Reaktor dieses Typs gebaut wird, kämpft man mit massiven Problemen, unter anderem mit einer Kostenexplosion von mehreren Milliarden Euro und massiven Sicherheits- und Qualitätsmängeln, die am Bau festgestellt wurden.²⁰ AREVA selbst hatte im zurückliegenden Geschäftsjahr 2011 infolge der Reaktorkatastrophe in Fukushima Daiichi so viele Auftragsstornierungen zu verzeichnen, dass daraus laut Pressemeldungen ein Gewinneinbruch von mehr als 2,4 Milliarden EUR resultierte.²¹

Dessen ungeachtet halten sowohl die indische als auch die französische Regierung bislang an dem Vorhaben in Jaitapur fest. Ein zentraler Streitpunkt ist dabei unter anderem die Frage, ob die Angaben der indischen Betreibergesellschaft NPCIL zutreffen, wonach sich das geplante Kernkraftwerk in der seismischen Zone 3 befände, während Atomkraftgegner davon ausgehen, dass es sich tatsächlich in einer Erdbebenregion der Gefahrenstufe 4 befindet, also der zweithöchste Ge-



fahrenstufe für Indien.²² Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die vom Nationalen Forschungsinstitut für Umwelttechnik (NEERI) durchgeführte Umweltverträglichkeitsstudie, die aus Sicht der Kritiker erhebliche Mängel aufweist und auf veralteten Daten basiert. Auch wird kritisiert, dass sich die lokale Bevölkerung in ihren Sorgen um ihre Lebensgrundlage überhaupt nicht ernst genommen wird. Darin sieht wiederum die hindunationalistische Oppositionspartei Shiv Sena ihre Chance, auf einen bereits fahrenden Zug aufzuspringen. Besondere nach Fukushima hat sie sich an die Spitze der lokalen Protestbewegung gedrängt, was viele Umweltaktivisten in Indien derzeit mit Sorge beobachten.

Ähnlich wie in Kudankulam gehen die Behörden in Jaitapur zum Teil mit großer Härte gegen Demonstranten vor. Auch wenn immer wieder betont wird, dass es sich bislang um lokale Bewegungen handelt, die sich gezielt gegen den Bau von Reaktoren, nicht aber grundsätzlich gegen die Atomkraft richteten, könnte sich das gerade mit Blick auf die laufende Debatte über eine unabhängige Atomregulierungsbehörde bald ändern. Entscheidend wird für die weitere Debatte und Energiepolitik sein, wie sich die führenden indischen Medien darin positionieren, ob sie dem bislang dominierenden Diskurs des Atomestablishments das Wort reden oder ob sie auch zunehmend die Perspektiven von Umweltaktivisten und Atomenergiegegnern repräsentieren und somit tatsächlich den Rahmen für eine echte öffentliche Diskussion über das Thema Energie schaffen werden. Festzuhalten bleibt darüber hinaus, dass sich die Debatte in Indien gegenwärtig stark auf das Thema Reaktorbau und die Frage einer unabhängigen Aufsichtsbehörde konzentriert, während die enormen Probleme, die mit der Entsorgung von Atommüll oder im Zusammenhang mit dem Uranabbau auftreten bzw. auftreten können, bislang noch nicht wirklich im Fokus der öffentlichen Diskussion zu stehen scheinen. Das versuchen Aktivisten wie Praful Bidwai durch ihr unermüdliches Engagement zu ändern und diese drängenden Fragen ebenfalls stärker in die Diskussion einzubringen.

Da sich die indische Regierung jedoch durch Fukushima und die Folgen wenig beeindruckt zeigt, ist momentan kein Richtungswechsel in der Atomenergiepolitik erkennbar, was heißt, dass Indien, wie von Manmohan Singh angekündigt, den Anteil atomarer Energie weiter erhöhen wird – auch wenn abzuwarten bleibt, in welchem Umfang das angesichts explodierender Kosten verwirklicht werden kann. Gleichzeitig wird der Anteil erneuerbarer Energie, besonders der Solar- und Windenergie, stetig wachsen. Gerade in diesem Bereich erhoffen sich viele Unternehmen



aus Deutschland eine starke Partnerschaft mit Indien. Die Paradoxien und Ungleichzeitigkeiten sowohl der Energie- als auch der Demokratieentwicklung in Europa scheinen somit eng mit der Entwicklung in Asien verbunden zu sein. Und zwar nicht nur in der Hinsicht, dass Indien von Europa abhängt, sondern dass sich auch ganz maßgeblich durch und in Indien bzw. generell in Asien entscheiden wird, welche Ansätze sich in den kommenden Jahrzehnten behaupten können – der unzeitgemäße Ansatz der Nukleokratie oder der zukunftsweisende Ansatz einer Energiedemokratie.

4. Wie beeinflusst das Energiethema das Indienbild in der deutschen Medienöffentlichkeit?

Abschließend soll eine letzte Untersuchungsebene zumindest kurz angerissen werden, die aus meiner Sicht eine wichtige Ergänzung für eine regionalwissenschaftliche Medienperspektive zu diesem komplexen Thema darstellt. Sie bezieht sich zunächst ganz allgemein auf die Wahrnehmung Indiens in der deutschsprachigen Medienöffentlichkeit und hier besonders auf den Wandel, der sich in Bezug auf das medial vermittelte Indienbild vor allem in den letzten 10-15 Jahren feststellen lässt. Zutreffender wäre es, von einer Ausdifferenzierung und Pluralisierung medialer Indienbilder im deutschsprachigen Raum als vom Wandel eines Indienbildes sprechen. In diesem Zusammenhang ist die Frage, in welchem Umfang und vor allem wie die indische Energiepolitik hierzulande wahrgenommen und bewertet wird, nicht nur vor dem Hintergrund der internationalen Energiedebatte nach Fukushima, sondern auch vor dem Hintergrund der deutsch-indischen Beziehungen relevant.

Seit September 2011 und noch bis zum September in diesem Jahr (2012) feiern Deutschland und Indien die „unbegrenzten Möglichkeiten“, die sie in der Zusammenarbeit in den verschiedensten wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und anderen Bereichen gegenwärtig sehen. Das umfasst auch die Themen Klima- und Umweltpolitik einschließlich der Solar- und Windenergie. Bereits Ende Mai 2011, also unmittelbar nachdem Deutschland seinen Atomausstieg erklärt hatte, reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der ersten deutsch-indischen Regierungskonsultationen mit einer großen Delegation nach Delhi. Im Rahmen dieser deutsch-indischen Konsultationen fand auch ein Gespräch zum Thema Atomenergie statt, in dem Angela Merkel je-



doch „jede Konfrontation“ vermied, wie in den deutschen Medien vielfach berichtet wurde. So schrieb beispielsweise die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 02. Juni 2011:

Auf ihrer Asien-Reise hörte man keine Kritik von der Bundeskanzlerin. Dass Indien auf den Ausbau der Atomkraft setze, 'haben wir nicht zu kritisieren', beschied sie und vermied so, die ungleiche Partnerschaft zwischen den 80 Mio. Deutschen und den 1,2 Milliarden Indern mit moralischen Überheblichkeiten zu belasten. ‚Respekt‘ vor den indischen Anstrengungen forderte Frau Merkel und bezeichnete es als unangebracht, ihre asiatischen Gastgeber mit deutschen Kleinigkeiten zu behelligen. Letztere Bemerkung war auch an mitreisende Hauptstadtjournalisten gerichtet, die wiederholt wissen wollten, wie die ausländischen Regierungschefs auf den in Deutschland gerade beschlossenen Atomausstieg reagierten.²³

Vor genau diesem Hintergrund waren zur selben Zeit etliche deutsche Fernseheteams in Indien unterwegs, um in aller gebotenen Eile, die der Medienberuf mit sich bringt, punktuell Bilder und Eindrücke hinsichtlich der Atomenergiefrage einzufangen. Dabei hatten sie offenbar kaum Möglichkeiten, über Neu-Delhi oder Mumbai hinauszublicken, was möglicherweise daran lag, dass sie einfach nicht die Zeit für eine tiefer gehende Recherche vor Ort hatten. In der Übertragung nach Deutschland festigte sich dadurch wiederum die mediale Vorstellung, dass es, wenn überhaupt, so doch eher nur „vereinzelt in Mumbai oder Umgebung Demonstrationen“ gegen das Reaktorbauprojekt in Jaitapur gäbe oder – wie es in einem Artikel aus der Stuttgarter Zeitung hieß, der bereits Ende März 2011 veröffentlicht worden war:

An Tausende von Teilnehmern oder eine Menschenkette wie in Deutschland ist dabei nicht zu denken. Zu einer Demonstration vergangene Woche kamen gerade mal 500 Menschen, gemessen an der Größe der Bevölkerung geradezu gering. Eine Online-Petition gegen Atomkraft, die von Greenpeace Indien initiiert wurde, haben bis dato 60.000 Menschen unterzeichnet. Die Revolution muss noch warten.

Zwar ist es nicht schwierig, im Internet Artikel zu finden, die diese punk-



tuellen Eindrücke und die darauf basierenden Interpretationen durch wesentlich mehr und fundierte Hintergrundinformationen ergänzen oder teilweise auch widerlegen. Aber diese müssen entweder gezielt in den entsprechenden Portalen oder Blogs recherchiert werden oder man ist von den Zufallstreffern abhängig, die über die gewählte Suchmaschine generiert werden. Auch wenn durch die besondere Situation im vergangenen Jahr (2011) das Interesse der deutschen Medien am indischen Atomenergieprogramm zweifellos größer war als in den Jahren zuvor, handelte es sich dennoch um ein punktuelleres Interesse, das inzwischen auch wieder deutlich abgeflaut ist. Ähnlich verhielt es sich im Zusammenhang des Tsunamis 2004, als einige wenige Berichte in deutschsprachigen Print- und Online-Medien über den Störfall im Kernkraftwerk Kalpakkam in Tamil Nadu erschienen. Ein erster erkennbarer Anstieg in der Berichterstattung lässt sich erst infolge der Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen im Bereich der zivilen Atomenergienutzung zwischen den USA und Indien feststellen (2005) und dann noch einmal, als das Abkommen schließlich im Jahr 2008 unterzeichnet wurde.

Indiens forcierte Uran-Diplomatie seit 2008 ist hingegen kein Thema, über das aus den deutschsprachigen Medien viel zu erfahren ist. Ebenso verhält es sich mit Projekten zur Errichtung neuer Reaktoren, selbst wenn deutsche Unternehmen daran beteiligt sind, denn auch hier bleibt die Berichterstattung eindeutig auf spezialisierte Foren und Medien beschränkt. Sehr gut veranschaulichen lässt sich dies am Beispiel des Rückzugs der Commerzbank aus dem Jaitapur-Reaktorbauprojekt. Eine Kommunikationsstrategie von Greenpeace India zielt direkt auf die Banken ab, die sich an solchen Projekten beteiligen wollen und es wurde auf der Webseite von Greenpeace India als Erfolg gemeldet, dass sich die Commerzbank mit Blick auf seine Reputation aus diesem umstrittenen Projekt zurückgezogen hat. Die Entscheidung dazu war jedoch bereits vor Fukushima und dem Atomausstieg Deutschlands gefallen, weshalb diese Meldung, die durchaus auch für die deutsche Öffentlichkeit relevant gewesen wäre, vollkommen unterging.

Ein zweites sehr gravierendes Problem in der Darstellung von energiebezogenen Themen und Entwicklungen in Indien in den deutschen Medien sind die Metaphern und rhetorischen Figuren, die darin gehäuft verwendet werden. Mit einer bedenklichen Selbstverständlichkeit wird beispielsweise der Begriff „Energiehunger“ inzwischen in nahezu jedem Artikel oder Fernsehbericht genannt. Überschriften wie „Indien lechzt nach neuen Energiequellen“, „Indiens unersättliche Gier“ oder „Asiens



unersättlicher Energiehunger“ finden sich mittlerweile so häufig in den deutschen Medien, dass sie zu einem wichtigen Bestandteil eines neuen negativen Indienbildes werden könnten, in dem grundsätzlich nicht zwischen der Energiepolitik der nationalen Regierung und der Einstellung der indischen Gesellschaft differenziert wird. Diese Stereotypisierung und bewusste Pauschalisierung kann wiederum in Leserkomentaren im Internet in provokanterer Weise auf die Spitze getrieben werden, wie sich an einem Kommentar vom 28.08.2011 zeigen lässt.

In Reaktion auf einen Spiegel online-Artikel, der unter dem Titel „Atom-Boom in Asien: Inder entdecken riesiges Uran-Vorkommen“ am 24. Juli 2011 im Internet veröffentlicht wurde, sind ganze 215 Kommentare gepostet worden. Als Erwiderung auf einen Kommentar der/des Userin/Users „Mathefreak“, in dem darüber gemutmaßt wurde, dass die „Inder damit weniger ein Problem haben als die Deutschen, die aus jeder Mücke einen Elefanten machen“, postete der/die User_in „ostap“ am 28.08.2011 den kurzen Kommentar:

Das sind ja auch mehr. Bei 1,3 Mrd. Bewohnern kann man sich schon ein paar Chernobyls und Fukushimas leisten. Ist eben die indische Form der Geburtenkontrolle.²⁴

Hierbei handelt es sich selbstverständlich um eine besonders drastische Aussage, die hinter der Anonymität des Pseudonyms geäußert wurde. Doch gerade dieser Umstand verweist auf die Frage, inwieweit die zuvor kritisierte Art und Weise des Energiethemas in den deutschsprachigen Medien zur Verankerung oder Bestärkung negativer bzw. stereotyper Indienbilder beitragen kann. Um diese Frage in einer längerfristigeren Perspektive zu untersuchen, müsste das Thema systematisch untersucht werden und nach Möglichkeit nicht nur die Art und Weise der medialen Darstellung selbst, sondern allen voran die Wahrnehmung der Rezipierenden in den Blick genommen werden. Als vorläufiges Ergebnis kann dennoch festgehalten werden, dass gerade das Thema der Energie, besonders aber der Atomenergie ein Bereich zu sein scheint, über den seit Fukushima verstärkt neue kollektivierende Zuschreibungen erfolgen, die gerade aus der südasienswissenschaftlichen Sicht nicht unerwidert bleiben sollten.



Endnoten

- 1 Veröffentlicht unter <http://web.de/magazine/nachrichten/ausland/14907242-9-11-usa-vergleichen.html>, veröffentlicht am 09.03.2012 [Letzter Zugriff 07.05.2012]. Einleitend zu einem Leitartikel zu Fukushima und zur Energiewende schreibt Christian Kuczniarz in der Mittelbayerischen Zeitung vom 11.03.2011: „Es gibt zwei Ereignisse des frühen 21. Jahrhunderts, die sich schon jetzt ins kollektive Gedächtnis eingebrannt haben. Das eine ist der Einsturz der Zwillingstürme in New York am 11. September 2001. Das andere ist die Kernschmelze im japanischen Atomkraftwerk Fukushima am 11. März 2011.“ Online veröffentlicht unter <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2012-03/22954440-mittelbayerische-zeitung-leitartikel-zu-fukushima-energiewende-von-christian-kuczniarz-007.htm> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 2 So ist es zumindest in einem Textauszug von Friedbert Pflüger unter der Überschrift „Von der Krise zur Chance- Energieversorgung im Post-Fukushima Japan“ auf dessen Webseite zu lesen, vgl. <http://www.friedbert-pflueger.de/fukushima-japan/>
- 3 Vgl. dazu das Interview mit Sassen: „Migranten machen Geschichte“. taz, 22.04.2008, <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2008%2F04%2F22%2Fa0133&src=GI&chash=1fbeceb944> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 4 An erster Stelle ist hier die für viele Medienberichte zentrale Referenz der IPSOS-Studie „Weltweite Einstellung zur Atomkraft nach Fukushima“ zu nennen, die das Marktforschungsinstitut im April 2011 im Auftrag der Nachrichtenagentur Reuters durchgeführt hat. Indien wird in dieser Studie als das Land mit dem weltweit größten Rückhalt der Atomenergie in der Bevölkerung angeführt. Den Angaben lagen Stichproben zugrunde, die auf max. 1000 Befragten pro Land basierten. Ob dies für ein derart großes Land wie Indien tatsächlich für ein „repräsentativen“ Ergebnis ausreichen kann, ist fraglich – dennoch haben sich viele Medienbeiträge auf diese Studie berufen. Vgl. dazu die Pressinformation auf http://knowledgecenter.ipsos.de/downloads/KnowledgeCenter/67F6B1C4-CC4A-4636-A948-1860CB7A00B1/PI-Atomkraft_Juni2011.pdf [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 5 Die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in die Entscheidung



für das atomare Endlager in Östhammar wurde vielfach als richtiger Schritt hinzu mehr Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten in Bezug auf energiepolitische Entscheidungen positiv hervorgehoben, während sich Umweltaktivisten und Atomkraftgegner fragten, was zu einer derart vorbehaltlosen Einstellung und Befürwortung des Endlagers durch die Bevölkerung hatte. Über das Thema wurde recht viel in den deutschen Medien publiziert, vgl. etwa den Hintergrundartikel aus der Welt unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article13437092/Warum-sich-Oesthammar-ueber-radioaktiven-Muell-freut.html> [Letzter Zugriff 07.05.2012].

- 6 Aus der Begründung der unabhängigen Jury für diese Wahl: „Alternativlos: Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vorneherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe. Behauptungen dieser Art sind 2010 zu oft aufgestellt worden, sie drohen, die Politik-Verdrossenheit in der Bevölkerung zu verstärken.“ Online veröffentlicht unter <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=35> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 7 Die Sendungen sind weiterhin über das Videoportal Youtube sowie auch über die ZDF-Mediathek abrufbar.
- 8 Online einsehbar unter <http://world-nuclear.org/NuclearDatabase/rdresults.aspx?id=27569&UserSearchID=3715> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 9 Der Abschlussbericht der Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung unter dem Vorsitz von Klaus Töpfer wurde Ende 2011 veröffentlicht und ist online einsehbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2011/05/2011-05-30-abschlussbericht-ethikkommission_en.pdf;jsessionid=C9C4366A685C47C07EAB15E702379EA7.s2t1?__blob=publicationFile [Zuletzt geprüft 07.05.2012].
- 10 Quelle FES
- 11 Vgl. etwa „Das Fundament ist gelegt“ in: der Freitag, 11.03.2011, online veröffentlicht unter <http://www.freitag.de/politik/1210-das-fundament-ist-gelegt> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 12 Link zur Webseite der NSG: <http://www.nuclearsuppliersgroup.org/Leng/default.htm> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 13 Vgl. dazu etwa „Australien hebt Uran-Exportverbot an Indien



- auf“, *Neue Zürcher Zeitung* vom 04.12.2011, online veröffentlicht unter http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/australien_hebt_uran-exportverbot_an_indien_auf_1.13507908.html [Letzter Zugriff 07.05.2012]. Vor allem in der internationalen englischsprachigen Print- und Online-Presse wurde Gillard sowohl für diese Entscheidung als auch für die Begründung heftig kritisiert.
- 14 Vgl. hierzu die Übersicht der WNA über Reaktoren, die sich derzeit in Indien im Betrieb, im Bau oder in Planung befinden, online verfügbar unter <http://world-nuclear.org/NuclearDatabase/rdresults.aspx?id=27569&UserSearchID=3717> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 15 http://www.ucil.gov.in/web/turmadih_mine.html [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 16 Als Atomnomaden werden in Frankreich die in der Regel unterbezahlten und gesundheitlich außerordentlich stark gefährdeten Leiharbeiter bezeichnet, die im Auftrag von Subunternehmen in radioaktiven Bereichen von Kernkraftwerken arbeiten, damit der führende Energiekonzern in Frankreich, EDF, seine Festangestellten vor zu hoher Strahlenbelastung schützen kann. Das Phänomen beschränkt sich keinesfalls auf Frankreich oder Europa, aber speziell dazu: „Unterbezahlt und hoch gefährdet. Leiharbeiter im französischen Atompark“, Audiodatei und Textversion online abrufbar unter <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1703468/> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 17 Einen entsprechenden Aufruf hatten mehr als 60 herausragende Persönlichkeiten unterzeichnet, darunter Praful Bidwai, Romila Thapar, Ashis Nandy, Arundhati Roy, Rajeev Bhargava, Sumit und Tanika Sarkar, Vivan Sundaram, Zoya Hasan und A Gopalakrishnan, ehemaliger Vorsitzender des Atomic Energy Regulatory Board. Wörtlich heißt es in diesem Aufruf aus dem März 2011: „We strongly believe that India must radically review its nuclear power policy for appropriateness, safety, costs, and public acceptance, and undertake an independent, transparent safety audit of all its nuclear facilities, which involves non-DAE experts and civil society organisations. Pending the review, there should be a moratorium on all further nuclear activity, and revocation of recent clearances for nuclear projects.“ Der vollständige Text ist online abrufbar unter <http://www.sacw.net/article1994.html> [Letzter Zugriff 07.05.2012].



- 18 „Indien nuclear-plants absolutely safe: Atomic panel chief“, The Economic Times, 04.11.2011, online abrufbar unter http://articles.economictimes.indiatimes.com/2011-11-10/news/30382192_1_fukushima-accident-kudankulam-nuclear-power-project-srikumar-banerjee [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 19 „India’s Scholar - Prime Minister Aims For Inclusive Development“. SCIENCE Vol 335, 24 February 2012, pp. 907-908.
- 20 Vgl. „Hier will kein Finne hin“, der Freitag, 09.04.2011 sowie die dazu gehörige Online-Diskussion, einsehbar unter <http://www.freitag.de/politik/1114-hier-will-kein-finne-hin> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 21 In den deutschen Medien wurde vielfach darüber berichtet, vgl. etwa „War da was?“, der Freitag, 10.03.2012, online abrufbar unter <http://www.freitag.de/wochenthema/1210-war-da-was> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 22 Vgl. hierzu eine Vielzahl von journalistischen Beiträgen, Interviews sowie online abrufbaren Videos mit Reden des Journalisten und Atomkraftgegners Praful Bidwai, beispielsweise auf dessen Webseite www.prafulbidwai.org.
- 23 Merkel in Indien und Singapur: Wo die deutschen Sorgen schrumpfen“, FAZ, 02.06.2011, online abrufbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/merkel-in-indien-und-singapur-wo-die-deutschen-sorgen-schrumpfen-1652372.html> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- 24 Link <http://forum.spiegel.de/member.php?u=122433> Laut Benutzerprofil ist ostap seit April 2009 auf spiegel online registriert und hat seither bereits mehr als 2200 Beiträge (Kommentare) gepostet, viele dazu zu Energiethemen. Wie meinungsbildend diese Online-Kommentare wirken können und wie sie als Untersuchungsgegenstand zu betrachten sind, ist eine Frage, die seit einiger Zeit im Zusammenhang mit internetbezogenen Forschungsfragen diskutiert wird.

Bibliografie

- Bauer, V. 2011. *Indien 2022 - Die Zukunft der indischen Atomenergie. Politischer Sonderbericht im Auftrag der Hans-Seidel-Stiftung.* Online veröffentlicht unter <http://www.hss.de/fileadmin/me->



- dia/downloads/Berichte/110608_Indien_SB.pdf [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- Couldry, N., Hepp, A. & Krotz, F. Hg. 2006. *Media events in a global age*. London: Routledge.
- Dayan, D. & Katz, E. 1992. *Media Events. The Live Broadcasting of History*. Cambridge, Mass./London: Harvard University Press.
- Ebinger, C. & Massey, K. 2010. Security Implications of the Expansion of Nuclear Energy. *South Asian Survey*, Vol. 17, No. 1, March. Special Issue: Resources, Security and Governance, S. 75-89.
- Günther, R. 2011. Country Perspective: Germany. In: Netzer, N. u. Steinhilber, J. Hg. *The end of nuclear energy? International perspectives after Fukushima*. S. 35-40. Online veröffentlicht unter <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08289.pdf> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- Luhmann, N. 1996. *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mez, L. 2011. The future of nuclear energy in the wake of Fukushima. In: Netzer, N. u. Steinhilber, J. Hg. *The end of nuclear energy? International perspectives after Fukushima*. S. 13-22. Online veröffentlicht unter <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08289.pdf> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- Netzer, N. & Steinhilber, J. 2011. Never waste a crisis...Green light for a sustainable energy supply. In: Dies. Hg. *The end of nuclear energy? International perspectives after Fukushima*. S. 3-12. Online veröffentlicht unter <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08289.pdf> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- Prabhu, S. 2011. Country Perspective: India. Netzer, N. u. Steinhilber, J. Hg. *The end of nuclear energy? International perspectives after Fukushima*. S. 41-44. Online veröffentlicht unter <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08289.pdf> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- Sardana, M.M.K. 2012. *The Nuclear Safety Authority Bill 2011*. ISID Discussion Note. Online veröffentlicht unter <http://isid.org.in/pdf/DN1201.pdf> [Letzter Zugriff 07.05.2012].
- Sharma, D. 2010. Uranium Trade and its Security Implications for India. *South Asian Survey*, Vol. 17, No. 1, March. Special Issue: Resources, Security and Governance, S. 91-110.
- Weichert, S.A. 2006. *Die Krise als Medienereignis. Über den 11. September im deutschen Fernsehen*. Köln: Halem.